

Nur per E-Mail an die Parteivorstände von

CDU: kgs@cdu-mainz.de

SPD: ub.mainz-stadt@spd.de

Bündnis 90 Grüne: [mail\(at\)gruene-mainz.de](mailto:mail(at)gruene-mainz.de)

FDP: info@fdp-mainz.de o o@fdp-mainz.de

Die Linke: info@dielinke-mz.de

ÖDP: mainzoedp-rlp.de

Piraten: kontakt@piraten-rlp.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Hinblick auf die am 26. Mai 2019 anstehenden Kommunalwahlen bitten wir Sie hiermit den folgenden, aus vier Fragen bestehenden Frage-Katalog an alle Ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl (Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat) weiterzuleiten, verbunden mit der Bitte, dass diese per E-Mail an folgende Adresse haugr@gmx.de uns bis zum

23. April 2019

ihre Antworten zukommen lassen.

Wir würden sodann die (nicht) erfolgten Antworten auswerten und in geeigneter Weise veröffentlichen. Hierfür bedanken uns im Voraus recht herzlich.

Freundliche Grüße

Roman Haug

co Arbeitskreis Globalisierung und Kommunalpolitik von Attac Mainz
<https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1205>

Anlage: Frage-Katalog

Frage-Katalog des AK Globalisierung und Kommunalpolitik von Attac Mainz

<https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1205>

Name der Kandidatin/ des Kandidaten: David Nierhoff

Partei: Bündnis 90 / Die Grünen

Derzeitiger Listenplatz auf der Liste: 10

Frage 1: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Mainz künftig insbesondere in Fällen potentieller Wohnbebauung von ihrem im Baugesetzbuch (§§ 24 ff. BauGB) verankerten Vorkaufsrecht Gebrauch macht, oder hiervon lediglich gegen Auflagen im Hinblick auf soziale und ökologische Standards, die der Investor zu erfüllen hat keinen Gebrauch macht?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Hier verweise ich zunächst auf unser Wahlprogramm Kapitel 2 „Bezahlbares Wohnen“

Wir wollen eine Strategie der sozialen Bodennutzung implementieren. Das bedeutet, dass die Stadt systematisch Grundstücke, insbesondere von Bund und Land, zum Bodenrichtwert kauft und damit zügig Baulücken, Brachflächen und andere Flächen zur Wohnbebauung mit bezahlbaren Wohnungen oder zur Schaffung zusätzlichen Freiraums nutzt.

Ob sich die in Anspruchnahme des Vorkaufsrechts nach §§ 24 ff. BauGB auch bei privaten Grundstücksveräußerungen als lohnenswert erweist, ist im Einzelfall zu prüfen.

Wir unterstützen die Entwicklung von Baugemeinschaften, die sich an den Bedürfnissen der künftigen Bewohner*innen und nicht am Profitstreben von Bauträger*innen orientieren.

Wir drängen auf die konsequente Umsetzung dieses 25-prozentigen Anteils als Untergrenze und möchten zukünftig eine Anhebung auf 30 bis 40 Prozent geförderten und mietpreisgebundenen Wohnraum in Neubaugebieten verpflichtend vorschreiben.

Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Frage 2: Werden Sie sich aktiv dafür einsetzen, dass es zu keinerlei Privatisierung öffentlichen Raums in Mainz kommt?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Der öffentliche Raum ist ein besonders schützenswertes Gut in unserer Stadt, da er allen Bürger*innen zur Verfügung steht und auch in Zukunft stehen soll. In Einzelfällen kann der Verkauf öffentlicher Flächen an private Investoren sinnvoll oder nötig sein, zum Beispiel bei ohnehin nicht öffentlich zugänglichen Flächen, kleinteiligen Flächen oder im Zuge von Tausch Geschäften um größere zusammenhängende Flächen zu erschaffen.

Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Frage 3: Werden Sie sich aktiv für die Verabschiedung einer Transparenzsatzung der Stadt Mainz einsetzen, welche im Wesentlichen analog zum Transparenzgesetz RLP Informationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger schafft (Hinweis: Dabei würde es selbstverständlich auch genügen, dass eine solche Transparenzsatzung künftig die Möglichkeit einräumt als Holschuld entsprechende amtliche Informationen auf Anfrage zu erlangen, ohne dass hierdurch eine Bringschuld der Verwaltung mit dem entsprechenden administrativen Aufwand konstituiert würde)?

X Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Bereits heute kann jedeR Bürger*in nach dem LTranspG Informationen zu kommunalen Entscheidungen erlangen. Eine gesonderte Transparenzsatzung ist in meinen Augen hierfür nicht erforderlich. Nichts desto trotz setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass die Stadt Mainz im Sinne der Bürger*innen Freundlichkeit transparent arbeitet und Informationen proaktiv bereit stellt. Dies soll möglichst einfach zugänglich im Internet nach Open Data Standards erfolgen.

O Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Frage 4: Werden Sie sich nach dem Vorbild anderer Kommunen (z. B. Heidelberg, Gießen etc.) für die Verabschiedung einer kommunalen Satzung zur Herbeiführung tatsächlicher Bürgerbeteiligung einsetzen, die sich nicht (erneut) in bloßen Alibimaßnahmen erschöpft, sondern echte Entscheidungskompetenzen einräumt?

X Auf jeden Fall werde ich dies tun. Ja, ich möchte mich dafür einsetzen, dass die Bürger*innen von Mainz insbesondere bei größeren Projekten besser und insbesondere früher in den Planungen beteiligt werden.

Wir GRÜNE stehen für die Öffnung von Entscheidungsprozessen und für mehr aktive Teilhabe. Wir wollen, dass die Menschen in unserer Stadt sich bei allen anstehenden Entscheidungen einbringen können, wenn sie dies wollen, statt nur alle fünf Jahre bei der Wahl ihre Stimme abzugeben. Die Erweiterung unmittelbarer Beteiligung ist keine Schwächung des Stadtrats und anderer gewählter Gremien, sondern eine Stärkung der kommunalen Demokratie, von der auch die gewählten Vertreter*innen profitieren. (aus dem GRÜNEN Kommunalwahlprogramm, Kapitel „Besser mitmachen – demokratische Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen“)

Die Planung der Mainzelbahn zeigt beispielhaft wie erfolgreiche Öffentlichkeitsbeteiligung funktionieren kann.

O Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Sofern Sie zu den Fragen oder darüber hinaus noch Bemerkungen, Hinweise etc. formulieren möchten, bestünde an dieser Stelle hierfür ebenfalls noch Gelegenheit.

Vielen Dank fürs Mitmachen!